



Bericht zum Projekt „Wahlscouts“

Prof. Dr. Thorsten Faas, Dr. Carsten Koschmieder, Lisa Peyer, Annette Wallentin

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
1. Herausforderung Wahlbeteiligung und politische Bildung.....	5
2. Projektrahmen und Förderkulisse	8
3. Aufsuchende Verfahren in der politischen Bildung	10
4. Aufsuchende politische Bildung vor der Bundestagswahl 2021: Das Projekt „Wahlscouts“	11
5. Wissenschaftliche Begleitforschung zum Projekt.....	14
6. Durchführung und Verlauf des Projekts.....	18
6.1 Vorbereitung der Haustürgespräche und Datenerhebung	19
6.2. Auswahl der Einsatzgebiete in Bremen und Berlin	22
6.3. Herausforderungen bei der Umsetzung des Projekts	25
7. Ergebnisse und Auswertung	27
7.1 Dokumentation der Haustürbesuche	28
7.2 Ergebnisse der Scout-Befragung.....	30
7.3. Ergebnisse auf Basis der amtlichen Wahlstatistik.....	35
8. Literatur	40
Anhänge.....	42
Anhang 1: Flyer “Berlin wählt”.	42
Anhang 2a: Dokumentationsbogen	43
Anhang 2b: Erläuterungen zum Ausfüllen der Dokumentationsbögen	44

Vorwort

Seit dem Jahrtausendwechsel geht deutschlandweit die Beteiligung bei allen Wahlen zurück. Inzwischen wird dieses Phänomen detailliert untersucht. Dabei wird deutlich, dass es soziale Faktoren sind, die zu geringerer Wahlbeteiligung führen. Wahlbezirke mit geringer Wahlbeteiligung sind durch niedrige Durchschnittseinkommen, höhere Arbeitslosigkeit und niedrigere formale Bildung ihrer Bewohnerschaft gekennzeichnet. In den zurückliegenden zehn Jahren hat sich dieses Phänomen weiter verstärkt. In den zehn Prozent der Wahlbezirke mit der höchsten Wahlbeteiligung liegt diese etwa doppelt so hoch wie in den unteren zehn Prozent. In fast allen deutschen Großstädten gibt es Wahlbezirke, in denen bei Bundestagswahlen weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und gleichzeitig Wahlbezirke mit einer Beteiligungsquote um die 90 Prozent.

Dies wirft grundsätzliche Fragen der politischen Gleichheit auf und ist zugleich eine zentrale Frage für die politische Bildung, die ihren Auftrag darin sieht, zur politischen Teilhabe zu motivieren und eine breite Beteiligung zu unterstützen. Wahlen stellen den Kristallisationspunkt moderner repräsentativer Demokratien dar. Sie sollen dafür sorgen, dass die Wünsche, Einstellungen und Präferenzen der Bevölkerung das Handeln der gewählten Repräsentant:innen - unbenommen deren Freiheit von Weisungen nach Artikel 38 des Grundgesetzes - der Regierung und den Output des gesamten politischen Systems prägen und so die Legitimität des Systems sichern. Daher muss es auch der Auftrag der politischen Bildung sein, zur Wahrnehmung des Wahlrechts zu motivieren.

Wählen ist ein sozialer Akt, auch wenn er individuell erfolgt. Menschen müssen sich berechtigt und kompetent dazu fühlen, es wollen und letztendlich auch gefragt werden, um zur Entscheidung zu kommen, ihre Stimme abzugeben. Aus der US-amerikanischen Wahlforschung ist bekannt, dass aufsuchende Verfahren eine mobilisierende Wirkung auf Nichtwähler:innen haben können. Wenig bekannt ist, ob und wie solche Verfahren im deutschen Kontext wirken.

Die an dem Projekt „Wahlscouts“ beteiligten Landeszentralen für politische Bildung in Berlin und in Bremen erproben über Angebote einer aufsuchenden politischen Bildung neue Angebote, die möglichst viele, auch bisher kaum angesprochene Menschen, erreichen wollen. Aufsuchende politische Bildung geht dorthin, wo Menschen leben und greift lebensweltliche Themen auf. Die Handlungsmaxime »aufsuchend« wird dabei in mindestens zwei Dimensionen gedacht. Einer räumlichen, weil Orte - im vorliegenden Projekt Wahlbezirke - aufgesucht werden, in denen besonders viele potentielle Nichtwähler:innen leben. Und einer sozial-kulturellen Dimension, die auch bei den Wahlscouts maßgeblich für die Ansprache und Ausgestaltung der Bildungsangebote ist: niedrigschwellige Basisinformationen zum Wahlgang und zum Wahlrecht, in einer persönlichen und mündlichen Ansprache.

Mit dem Projekt „Wahlscouts“ wollen wir die Erkenntnisse der Wahlforschung und die Ansätze der aufsuchenden politischen Bildung gleichermaßen nutzen. Potentielle Wähler:innen wurden im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 direkt an ihrer Haustür angesprochen. Dies ist aufsuchende politische Bildung in ihrer unmittelbarsten Form. Dass dies wirkungsvoll ist, zeigt der vorgelegte Bericht der wissenschaftlichen Begleitung.

Ich danke allen an dem Projekt Beteiligten, den Kolleg:innen der Bremer und Berliner Landeszentrale, Prof. Dr. Thorsten Faas und Dr. Carsten Koschmieder für die wissenschaftliche Begleitung, den Wahlscouts, die Tag für Tag für mehrere Stunden von Haustür zu Haustür gegangen sind, den Projektkoordinator:innen, den Zuwendungsgebenden vom Bundesbauministerium und der Bundeszentrale für politische Bildung , sowie allen anderen am Projekt Beteiligten.



Thomas Gill

Leiter der Berliner Landeszentrale für politische Bildung

1. Herausforderung Wahlbeteiligung und politische Bildung

Die politische Beteiligung von Bürger:innen ist eine zwingende Voraussetzung jeder Demokratie. Aus dem Instrumentenkasten politischer Beteiligungsformate kommt dabei insbesondere dem Wählen eine herausragende Stellung zu, weil es eine konstitutive und noch dazu die am weitesten verbreitete Form politischer Beteiligung ist. Doch eine hohe Wahlbeteiligung ist keine Selbstverständlichkeit. Vergleicht man die Situation in Deutschland heute mit jener aus den 1970er oder 1980er Jahren, so machen inzwischen weitaus weniger Bürger:innen von ihrem Wahlrecht Gebrauch. An dieser langfristig rückläufigen Entwicklung ändern auch Muster der jüngeren Vergangenheit nichts, die auf eine Stabilisierung der Wahlbeteiligung, teils sogar auf eine gewisse Erholung der Wahlfreude der Bürger:innen hindeuten. Denn von diesen Entwicklungen unberührt bleibt ein zweiter Befund: die zunehmende Fragmentierung und Segmentierung des Wahlverhaltens in Deutschland. Der Rückgang der Wahlbeteiligung ist keineswegs ein allgemeines oder flächendeckendes Phänomen, sondern folgt sowohl sozialstrukturellen als auch darauf aufbauend räumlichen Mustern. Es sind zum einen schlechter gestellte Bevölkerungsgruppen – sei dies bezogen auf ihre sozioökonomische Lage oder ihren Bildungsstand –, die heutzutage häufiger von den Wahlen fernbleiben als andere. Zum anderen lassen sich auf der Ebene kleinräumigerer Gebietseinheiten, zum Beispiel Stadtteilen oder Bezirken, erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Wahlbeteiligung feststellen, die eine gravierende Unterrepräsentanz der Schichten und Räume zur Folge haben (vgl. Schäfer 2015).

Wenn aber mehr und mehr Bürger:innen von Wahlen fernbleiben und dabei sozialstrukturelle und räumliche Determinanten eine diskriminierende Rolle spielen, dann stellt dies das Ideal demokratischer Gleichheit infrage. Dies gilt umso mehr, wenn die Wahlabstinenz weniger mit bewussten, selbstbestimmten Entscheidungen zu tun hat, sondern diese Abstinenz tatsächlich mit strukturellen Hindernissen in Verbindung steht. Die

politische Bildung steht dahingehend heute verstärkt in der Verantwortung, Antworten auf die Frage zu finden: Wie können Nichtwähler:innen (wieder) an den wahlpolitischen Prozess herangeführt werden? Welche Instrumente der politischen Bildung sind dabei effektiv?

Eine Möglichkeit, um mehr Menschen zum Wählen zu ermutigen, wird darin gesehen, das Arsenal an Anspracheorten und -formen im Vorfeld von Wahlen zu erweitern. Innerhalb der politischen Bildung wird in den letzten Jahren (erneut) sogenannten „aufsuchenden Verfahren“ großes Potenzial zugesprochen, weil sie versuchen, sowohl sozial-kulturelle als auch physisch-räumliche Distanzen zu überwinden (siehe 3.). Diesen Ansatz verfolgte anlässlich der Bundestagswahl 2021 auch das Projekt „Wahlscouts“, das in Berlin und Bremen Wähler:innen direkt an der Haustür über die Wahlen und ihr Wahlrecht informierte. Direkte Haustürbesuche sind dabei auch innerhalb der aufsuchenden politischen Bildung ein bisher noch unerprobter und innovativer Ansatz. Im Vorfeld von Wahlen sind sie in Deutschland bisher nur aus parteipolitischen Kampagnen bekannt, als überparteiliches und politisch-bildnerisches Instrument kamen sie bisher noch nicht zum Einsatz.

Dabei zeigt ein Blick in die USA, dass mobilisierende Maßnahmen – unabhängig von parteipolitischen Motiven – möglich und verbreitet sind. In den USA hat sich rund um aufsuchende Verfahren ein ganzer Forschungszweig entwickelt und etabliert, der sich der Frage widmet, ob und wie sich Menschen zur politischen Partizipation mobilisieren lassen. Die globale Antwort dieser Forschungslinie darauf lautet dabei „Ja, das geht!“.

Dass dieses „Ja“ mit großer Überzeugung vorgetragen werden kann, verdankt die US-amerikanische Forschung zahlreichen empirischen Belegen, die sich methodisch v.a. auf den Einsatz von Feldexperimenten stützt. Experimentelle Ansätze eignen sich besonders gut dafür, die Wirksamkeit von Maßnahmen zu überprüfen. Indem manche Personen, Personengruppen oder auch Gebiete ausgewählt werden, um dort bestimmte Maßnahmen zum Einsatz zu bringen, während andere, äquivalente Einheiten bewusst

ausgelassen werden, werden unmittelbare Vergleichsmöglichkeiten zur Bewertung der Wirksamkeit geschaffen: Unterscheiden sich nämlich die ausgewählten Gebiete mit eingesetzten Maßnahmen von jenen ohne eingesetzte Maßnahmen, so ist dies ein starker Nachweis für die Effektivität der Maßnahmen. Diese experimentelle Grundlogik gilt im Bereich der Impfstoffentwicklung ebenso wie bei der empirischen Feldforschung, wenn es um Tür-zu-Tür-Besuche geht (Green/Gerber 2004, siehe auch Faas/Huber 2010).

Für den deutschen Kontext allerdings fehlen nicht nur Erfahrungen mit der überparteilichen Ansprache von (Nicht-)Wähler:innen an der Haustür, es fehlt auch ein etablierter Forschungszweig, der diesem experimentellen Ansatz folgt. Es finden sich nur vereinzelte Studien und Projekte, die aufsuchende mobilisierende Verfahren, ihre Voraussetzungen und Herausforderungen und letztlich ihre Effektivität in den Blick nehmen, gerade auch unter Einsatz einer (feld-)experimentellen Logik. Einer der Verfasser dieses Berichts war 2014 im Kontext der Kommunalwahl 2014 in Mainz an einem solchen Projekt beteiligt (Faas/Hohmann 2015). Umso erfreulicher ist es, dass wir mit dem vorliegenden Bericht ein Projekt der aufsuchenden politischen Bildung dokumentieren können, bei dem eine wissenschaftliche Evaluation unter Rückgriff auf Methodiken und Logiken feldexperimenteller Forschung durchgeführt werden konnte.

Das Projekt „Wahlscouts“ ist von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Bremen erarbeitet und umgesetzt worden. Die Arbeitsstelle „Politische Soziologie der Bundesrepublik Deutschland“ an der Freien Universität Berlin unter Leitung von Prof. Dr. Thorsten Faas und unter Mitarbeit von Dr. Carsten Koschmieder ist mit der Evaluation des Projekts beauftragt worden. Nach der Darstellung des Projektrahmens und der Förderkulisse (siehe 2.) skizziert der vorliegende Projektbericht zunächst die Potentiale aufsuchender Verfahren in der politischen Bildung (siehe 3.) und stellt das Konzept der aufsuchenden politischen Bildung von Wähler:innen durch die Wahlscouts vor (siehe 4.). Es folgt die Einordnung des Projekts in einen wissenschaftlichen Kontext (siehe 5). Im Anschluss

werden die konzeptionelle Vorbereitung und Durchführung des Projekts (siehe 6.) beschrieben und die Darstellung zentraler Ergebnisse (siehe 7.) vorgenommen, ehe abschließend Empfehlungen daraus abgeleitet werden (siehe 8.). Im Anhang finden sich die eingesetzten Materialien.

2. Projektrahmen und Förderkulisse

Die „Wahlscouts“ sind ein Teilprojekt des Modellprojekts „‘Gleiche politische Teilhabe‘ - Erprobung von Ansätzen einer aufsuchenden politischen Bildung“, das die Berliner Landeszentrale für politische Bildung im Rahmen der ressortübergreifenden Strategie „Soziale Stadt - Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier“ seit November 2020 durchführt. Mit dem Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ (ehemals „Soziale Stadt“) unterstützt das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen die Stabilisierung und Aufwertung benachteiligter Stadtquartiere. Ziel des Programms ist es, in einem integrierten Ansatz die Chancen ihrer Bewohner:innen auf Teilhabe und Integration zu verbessern. Angesichts der anhaltenden Herausforderungen in benachteiligten Quartieren sollen alle föderalen Ebenen die Quartiere noch effizienter und integrierter unterstützen. Für die Ebene des Bundes hat das Bundeskabinett am 31. August 2016 die ressortübergreifende Strategie „Soziale Stadt - Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier“ beschlossen. Ziel ist die Entwicklung und Förderung von Modellvorhaben, die bundesweit vor Ort in den Quartieren fachübergreifende Kooperationen und innovative Vernetzungsstrukturen anstoßen sollen. Die ressortübergreifende Strategie umfasst zehn Handlungsfelder. Das Modellprojekt „Gleiche politische Teilhabe“, in dessen Rahmen die Wahlscouts stattfanden, ist dem Handlungsfeld „Bürgerschaftliches Engagement, Teilhabe und Demokratieförderung“ zugeordnet.

Im Modellprogramm „Gleiche politische Teilhabe“ erprobt die Berliner Landeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit Trägern der Stadtteilarbeit modellhaft Angebote einer aufsuchenden politischen Bildung. Zielstellung ist die Förderung einer demokratischen politischen Kultur in den Quartieren, die allen Bewohner:innen gleiche Chancen auf Teilhabe ermöglicht. So sollen Menschen erreicht werden, die nicht den Weg in die Angebote klassischer politischer Bildung finden, weil Mechanismen der Selbst- und Fremdausschlüsse zur politischen Sphäre ihn blockieren. Die Teilnehmenden von Angeboten der aufsuchenden politischen Bildung werden eingeladen, die Relevanz auch politischer Fragestellungen für ihren eigenen Alltag wahrzunehmen und gleichzeitig darüber informiert, welche Einfluss- und Beteiligungswege ihnen offenstehen.

Umgesetzt wird das Projekt in vier Berliner Quartieren (allesamt Fördergebiete des Städtebauförderprogramms „Sozialer Zusammenhalt“) einschließlich einer systematischen Auswertung der Erfahrungen. Drei Ebenen sind dabei involviert:

- (1) Vier sozialräumlich vernetzte Träger machen auf der lokalen Ebene Angebote einer aufsuchenden politischen Bildung.
- (2) Die Berliner Landeszentrale begleitet und sichert die Projektergebnisse und bereitet sie auf.
- (3) Dies sichert einen Wissenstransfer hin zu anderen Trägern der politischen Bildung im Bundesgebiet.

Beispiele für die Angebote der aufsuchenden politischen Bildung in den vier Quartieren sind Kurzimpulse der politischen Bildung im Rahmen bestehender Nachbarschaftsarbeitsangebote in den Stadtteilzentren, Thementische im öffentlichen Raum, thematische Kiezspaziergänge, Besuche an Orten der Politik, Gespräche mit Politiker:innen im Stadtteil zu Themen des Stadtteils oder Beteiligungsaktionen bei Straßenfesten. Über diese Angebote einer aufsuchenden politischen Bildung hinaus, die die Träger der Stadtteilarbeit im Modellprojekt entwickeln, sollte mit dem zusätzlichen Teilprojekt „Wahlscouts“ eine weitere Form aufsuchender politischer Bildung erprobt

werden, die die übrigen Angebote ergänzt, denn aufsuchender als direkt an der Wohnungstürschwelle kann politische Bildung nicht sein.

3. Aufsuchende Verfahren in der politischen Bildung

Die zentrale Aufgabe politischer Bildung ist die Förderung der politischen Teilhabe über die gesamte Breite der Gesellschaft hinweg - und die Schaffung der dafür notwendigen Voraussetzungen (Massing 2021). Mit aufsuchenden Verfahren reagiert die politische Bildung aktuell auf mindestens zwei Phänomene, nämlich erstens die ungleichen Zugangsmöglichkeiten zu klassischen Angeboten der politischen Bildung und zweitens die wachsenden Ungleichheiten in der tatsächlichen Teilhabe und die damit verbundenen Repräsentationslücken von Teilen der Bevölkerung in den Prozessen der repräsentativen Demokratie. Ungleichheiten finden sich in sehr verschiedenen Bereichen, etwa mit Blick auf die Beteiligung an Wahlen, aber auch die Teilnahme an Angeboten der außerschulischen politischen Bildung. Als Gründe für die Nicht-Teilnahme an (freiwilligen) Angeboten der politischen Bildung wird seit längerem auf die sozial-kulturellen und physisch-räumlichen Distanzen hingewiesen, die zwischen den Anbietenden und den potenziellen Teilnehmenden bestehen (Bremer 2012). Die verschiedenen Ansätze und Methoden der aufsuchenden politischen Bildung vereint das Ziel, diese Distanzen zu überwinden. „Aufsuchende politische Bildung“ ist dabei kein geschlossenes Konzept, sondern ein interdisziplinärer Ansatz, dessen Wurzeln sich sowohl in den Bildungs- und Sozialwissenschaften, aber auch der Erziehungswissenschaft verorten lassen.

Vor allem auf der physisch-räumlichen Ebene bedeutet aufsuchende politische Bildung den Wechsel von einer „Komm-Struktur“ zu einer „Geh-Struktur“ (Ludwig/Bremer 2019:10). Diese Haltung hat innerhalb der politischen Bildung in den vergangenen Jahren verstärkt zu neuen sozialraumorientierten Angeboten geführt; in Großstädten insbesondere zu einem Mehr an Bildungsangeboten in dezentralen Stadtteilen und Quartieren. Folgerichtig ändern sich mit diesem Raumverständnis auch die

Veranstaltungsorte für die Bildungsangebote. Statt repräsentativer Tagungshotels und sachlicher Seminarräume finden Angebote der aufsuchenden politischen Bildung oft in Quartierszentren, Nachbarschaftstreffs oder im öffentlichen Raum statt.

Auf sozial-kultureller Ebene wiederum verlangt das Ziel der Distanzüberwindung sowohl die kritische Infragestellung der Themenauswahl von Bildungsangeboten als auch die stärkere didaktische Anpassung vieler Angebote an den Wissens- und Informationsstand der Teilnehmenden. Zentrale didaktische Prinzipien der politischen Bildung - Lebensweltbezug, Teilnehmer:innenorientierung - werden bei aufsuchenden Verfahren noch stärker eingefordert. Thematisch setzen aufsuchende Verfahren oft bei den unmittelbaren Lebensrealitäten vor Ort an und widmen sich der Stadt- und Quartiersentwicklung oder lokalen politischen Prozessen. Gerade bei abstrakteren, bundespolitischen Themen, etwa der Klima- oder Außenpolitik oder Bundestagswahlen, muss daher der Frage „Was hat das alles mit den Teilnehmenden selbst zu tun?“ konzeptionell besondere Aufmerksamkeit zukommen. Grundlegend für Projekte der aufsuchenden politischen Bildung ist das übergeordnete Leitbild, Teilnehmende zwar bei der politischen Partizipation zu unterstützen und zu begleiten, nicht aber anwaltlich für sie tätig zu werden. Der Lebensweltbezug der Gesprächspartner:innen und die Herstellung der eigenverantwortlichen Handlungsfähigkeit - in Bezug auf den Wahlgang bei Bundestagswahlen - waren auch die zentralen Ansatzpunkte des Projekts „Wahlscouts“ anlässlich der Bundestagswahl 2021.

4. Aufsuchende politische Bildung vor der Bundestagswahl 2021: Das Projekt „Wahlscouts“

In Bremen und Berlin sollten vom 30. August bis zum 10. September 2021 Wahlscouts eingesetzt werden, die in ausgewählten Wahlbezirken direkt an Haustüren mit Wahlberechtigten in Kontakt treten. Das Ziel: Wahlberechtigte sollten motivieren werden, von ihrem Wahlrecht zur Bundestagswahl am 26. September 2021 Gebrauch zu machen. Die Landeszentralen für politische Bildung der Länder Bremen und Berlin verfolgten mit

diesem Kooperationsprojekt einen innovativen Ansatz für eine aufsuchende Wahlinformation und -aktivierung.

Ausgangspunkt war dabei die einfache Feststellung: Die Wahlbeteiligung geht zurück. Lagen die Beteiligungsdaten bei Bundestagswahlen in den 1970er Jahren noch bei über 90 Prozent, so wurde bei der Bundestagswahl 2009 mit 70,8 Prozent ein historischer Tiefstand erreicht. Trotz leichter Erholung im weiteren Verlauf finden sich die vier niedrigsten Beteiligungsdaten in der Geschichte von Bundestagswahlen für die jüngsten vier Wahlen 2009, 2013, 2017 und 2021. Die Wahlbeteiligung von 76,6 Prozent bei der Bundestagswahl 2021 – trotz all ihrer Besonderheiten – ändert also nichts am Umstand einer insgesamt deutlich zurückgegangenen Beteiligung bei längerfristiger Betrachtung. Unter dem Aspekt demokratischer Gleichheit wiegt über den allgemeinen Rückgang der Beteiligung hinaus noch schwerer, dass sich die Wahlbeteiligung insgesamt, aber gerade auch der Rückgang der Wahlbeteiligung keineswegs zufällig über die wahlberechtigten Bevölkerung verteilen. Vielmehr sind die Rückgänge in bestimmten Schichten und Räumen stark konzentriert.

Die politikwissenschaftliche Wahl- und Beteiligungsforschung bietet verschiedene Ansatzpunkte, um solche unterschiedlichen Entwicklungen und Ergebnisse in verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu erklären. So kann man auf die konzeptionellen Arbeiten von Verba et al. (1995) zurückgreifen, die eine Trias von systematischen Faktoren zum Verständnis von Nichtwahl vorgeschlagen haben: Menschen wählen nicht „because they can't; because they don't want to; or because nobody asked“ – also weil sie nicht können, weil sie nicht wollen oder weil sie niemand gefragt bzw. mobilisiert hat.

Der Aspekt des Nicht-Könnens verweist dabei auf individuelle Eigenschaften, die als notwendige Bedingung für die politische Beteiligung gegeben sein müssen. Es geht dabei vor allem um (sozial-)strukturelle Voraussetzungen im Sinne von *Ressourcen*. Dagegen verdeutlicht der Aspekt des Nicht-Wollens die grundsätzliche Freiwilligkeit und die notwendige motivationale Voraussetzung politischer Partizipation: Niemand, der nicht

möchte, muss sich beteiligen. Der Aspekt der Mobilisierung schließlich zeigt, dass es bei der Beteiligung an Wahlen nicht nur auf das einzelne Individuum ankommt, sondern auch auf politische und gesellschaftliche Akteure, deren Aufgabe es ist, mobilisierend zu wirken und damit ggf. potenzielle strukturelle und motivationale Defizite auszugleichen. Wählen zu gehen ist immer auch ein sozialer Akt.

Aus Sicht der politischen Bildung ist gerade der Aspekt des Nicht-Könnens problematisch: Mangelnde Ressourcen - und darunter lassen sich auch Faktoren wie mangelndes Wissen oder fehlende Informationen subsumieren - sollten kein Grund für Wahlabstinenz sein.

Einschlägige Studien zeigen allerdings, dass vor allem die Faktoren Bildung und Einkommen mit Unterschieden in der Wahlbeteiligung in Deutschland (wie auch in anderen Ländern) eng verknüpft sind. Demnach beteiligen sich gut gebildete oder besser verdienende Personen häufiger an Wahlen als formal geringer gebildete oder schlechter verdienende Personen. Das Muster gilt dabei nicht nur personenbezogen, sondern findet sich, wie insbesondere die Arbeiten von Armin Schäfer (2015) zeigen, auch auf der Ebene von kleinräumigen Gebietseinheiten, etwa Stadtvierteln: Die Unterschiede zwischen Stadtteilen hinsichtlich ihrer Wahlbeteiligung sind erheblich - und es sind gerade Bezirke etwa mit hoher Arbeitslosigkeit, in denen die Wahlbeteiligung im Zeitverlauf besonders stark zurückgegangen ist und heute besonders niedrig ausfällt.

Die Überlegungen von Verba et al. (1995) bieten mit ihrem dritten Faktor - „nobody asked“ - einen Ansatzpunkt, um den aufgezeigten Entwicklungen sinkender und ungleicher Wahlbeteiligung entgegenwirken zu können, nämlich in Form gezielter Informations- und Mobilisierungsbemühungen von zivilgesellschaftlicher, politischer, aber auch staatlicher Seite. Gerade in sogenannten „aufsuchenden Verfahren“ wird ein großes Potenzial gesehen, in deren Rahmen etwa durch die persönliche Ansprache an Haustüren im Vorfeld von Wahlen Bürger:innen zur Teilnahme an Wahlen motiviert werden sollen, die dies nicht ohnehin tun würden.

Erfahrungen aus einem Pilotprojekt „Wahlscouts“ anlässlich der Bürgerschaftswahl 2019 in Bremen haben gezeigt, dass viele der aufgesuchten Menschen durchaus Interesse an Politik oder Wahlen äußerten, aber zugleich das Gefühl hatten, es interessiere niemanden, ob man wählen gehe oder nicht. Daher wurden schon die bloße Anwesenheit der Scouts im eigenen Quartier und die persönliche Ansprache an der Haustür von vielen Gesprächsteilnehmer:innen 2019 als wertschätzend und motivierend empfunden. Zugleich zeigte sich aber ebenso, dass es vielen Menschen an grundlegenden Informationen (Wahltermin, Ort der Wahllokale, Anzahl der Stimmen) fehlte. Viele Menschen wussten auch nicht um die grundsätzliche Möglichkeit der Briefwahl. Pandemiebedingt war das Wahljahr 2021 auch in dieser Hinsicht ein besonderes, brachte es doch stark erhöhte Briefwahlanteile mit sich – was ein besonders hohes Informationsbedürfnis erwarten ließ.

Auf diesen theoretischen Vorüberlegungen und praktischen Vorerfahrungen aufbauend sollten die Wahlscouts 2021 im Sinne einer überparteilichen und neutralen „Kurzzeitintervention“ der politischen Bildung an der Haustür erstens den Wähler:innen niederschwellige und übersichtlich aufbereitete Basisinformationen zur Wahl anbieten und sie zweitens dazu ermutigen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

5. Wissenschaftliche Begleitforschung zum Projekt

Das Instrument der direkten Ansprache von Wähler:innen zwecks Mobilisierung ebenso wie seine evaluierende Begleitung sind im US-amerikanischen Kontext fest etabliert und gut dokumentiert. Wie oben schon angerissen wurde, wissen wir aus diesem amerikanischen Kontext, dass aufsuchende Verfahren eine mobilisierende Wirkung in beachtlicher Größenordnung entfalten können. Studien aus dem deutschen Kontext, die in dieser Linie stehen, sind allerdings noch selten. Den Referenzpunkt für eine Auseinandersetzung und Bewertung aufsuchender Verfahren stellt daher insbesondere die US-amerikanische Forschungslinie dar. Bemerkenswert ist dabei, dass diese nicht nur

inhaltlich inzwischen sehr ausdifferenziert ist, sondern noch dazu durch ein sehr systematisches, vergleichendes Vorgehen gekennzeichnet ist: Aufsuchende Verfahren werden in manchen Gebieten oder Gruppen ganz bewusst eingesetzt, in anderen - vergleichbaren - Gebieten oder Gruppen aber auch ganz bewusst *nicht*, um anschließend durch den Vergleich der Gebiete oder Gruppen (und ihrer Wahlbeteiligungsraten) prüfen zu können, ob die eingesetzten Maßnahmen eine positive Wirkung entfaltet haben, also zu einem Anstieg der Wahlbeteiligung geführt haben.

Durch das bewusste Verteilen von Maßnahmen auf bestimmte Personen oder Gebiete kommen feldexperimentelle Logiken zum Einsatz. Beide Facetten - Feld wie Experiment - sind dabei von Bedeutung: Die experimentelle Logik - also das Schaffen von zwei vergleichbaren Gruppen, von denen eine mit mobilisierenden Maßnahmen aufgesucht wird, die zweite dagegen bewusst nicht - schafft die nötige Vergleichsbasis, um die Effektivität von Maßnahmen prüfen zu können. Nicht minder wichtig ist der tatsächliche Einsatz „im Feld“. Die mobilisierenden Maßnahmen kommen bei aufsuchenden Verfahren nicht in künstlich geschaffenen Laborsimulationen zum Einsatz, sondern direkt bei den Menschen vor Ort, so wie es oben bereits im Kontext der einschlägigen Ideen politischer Bildung skizziert worden ist. Damit zeigt sich auch die Wirksamkeit in ihrem tatsächlichen Verhalten, konkret darin, ob sie am Ende an einer Wahl tatsächlich teilnehmen oder nicht.

Diese Logik steht in deutlichem Kontrast zur Grundlogik von repräsentativer Umfrageforschung. Hier werden Menschen *gefragt*, ob und wie sie den Wahlkampf wahrgenommen haben, ob sie ggf. mit mobilisierenden Maßnahmen in Kontakt gekommen sind und ob sie am Ende gewählt haben oder nicht. So wertvoll repräsentative Umfragen für die Sozialforschung an vielen Stellen sind, so sind sie doch mit Blick auf Forschung rund um Wahlbeteiligung mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert: Menschen erinnern sich mitunter nicht an alle Kontakte, die sie im Wahlkampf hatten. Es gibt mitunter Muster selektiver Erinnerung und auch sozial erwünschtes Antwortverhalten, gerade mit Blick auf die Wahlbeteiligung. Vor allem gibt es die starke Tendenz, dass

Nichtwähler:innen auch viel seltener an Umfragen teilnehmen, als Wähler:innen dies tun. All das führt dazu, dass realweltliche Interventionen im Feld in Kombination mit amtlichen Daten zur tatsächlichen Wahlbeteiligung zu valideren Ergebnissen und Schlüssen rund um Fragen der Wahlbeteiligung und Mobilisierung führen, als Umfragen dies könnten.

Das bestätigt auch ein Blick auf die bestehende, vor allem US-amerikanisch geprägte Forschungslandschaft. Die Erforschung von Mobilisierungspotenzialen von aufsuchenden Verfahren mit Hilfe feldexperimenteller Designs beginnt dort früh im 20. Jahrhundert mit den Arbeiten von Herbert Gosnell (1927). Er ließ in ausgewählten Bezirken Chicagos Briefe verteilen, die die Wahlberechtigten zur Wahl aufforderten, während er dies in anderen bewusst nicht tat, um im Anschluss anhand des Vergleichs amtlicher Statistiken prüfen zu können, ob sich die beiden Gruppen hinsichtlich ihrer Wahlbeteiligung (und der Veränderung der Beteiligung gegenüber früheren Wahlen) unterschieden. Als Resultat konnte er einen leichten Anstieg der Wahlbeteiligung in den mit Mobilisierungsbriefen „behandelten“ Bezirken feststellen. Seine Arbeit fand dreißig Jahre später mit den Arbeiten von Eldersveld (1956) ihre Fortsetzung und Weiterentwicklung. Eldersveld nahm dabei sowohl unterschiedliche Instrumente in den Blick (persönlicher Besuch versus Postwurfsendungen) als auch deren unterschiedliche inhaltliche Ausgestaltung (rationale versus emotionale Botschaft). Als Datengrundlage griff Eldersveld im Gegensatz zu Gosnells Stadtteilen auf personenbezogene Daten zurück, was im amerikanischen (im Gegensatz zum deutschen) Kontext möglich ist, gegeben die dort öffentlich verfügbaren Daten zur Wahlbeteiligung von Einzelpersonen. Als zentralen Befund, der bis heute in den USA seine Gültigkeit hat, wies er einen erheblichen relativen Vorteil persönlichen Kontakts gegenüber postalischen Kontaktaufnahmen in der Mobilisierungswirkung nach.

Dem Forschungsfeld der feldexperimentellen Erforschung der Wahlbeteiligung und Mobilisierungsbemühungen verhalfen schließlich Gerber und Green (2000) zu seinem endgültigen Durchbruch. Ausgangspunkt war ein groß angelegtes Feldexperiment in New Haven im Jahr 1998. Gerber und Green (2000) gingen dabei ganz im Sinne Eldersvelds

vor - allerdings mit weitaus größerer Reichweite. Variiert wurden unter den ausgewählten Personen die Anzahl der Kontaktversuche, das Medium des Kontaktversuchs und der Inhalt der Botschaft: In typisch experimenteller Logik erhielten Zielpersonen zufällig eine bestimmte Kombination dieser Merkmale, um anschließend prüfen zu können, ob sich Unterschiede zwischen verschiedenen Botschaften und Kontaktarten hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme ergeben. Zudem erweiterten Gerber und Green auch den methodischen Instrumentenkasten, indem sie bei der Bewertung der Effektivität der Maßnahmen stärker als früher berücksichtigten, wie erfolgreich letztlich überhaupt die Versuche der Kontaktaufnahme (bei den aufsuchenden Verfahren) waren, an wie vielen Haustüren also tatsächlich erfolgreich eine Kontaktaufnahme stattfand. Im Ergebnis bestätigen auch Gerber und Green (2000) die schon von Eldersveld festgestellten Befunde: Mittels persönlicher Ansprache lassen sich Wähler:innen erfolgreich mobilisieren, weniger dagegen durch telefonische oder postalische Kontaktierung.

Seit dieser Initialzündung hat das Forschungsfeld in den USA massiv an Bedeutung und Umfang gewonnen. Es liegen inzwischen zahlreiche Studien vor, die zu Präzisierungen und Verfeinerungen der ursprünglichen Studien geführt haben. Bergan et al. (2005) und vor allem auch Green und Gerber (2008) liefern metaanalytische Ergebnisse, die weitgehend im Einklang mit den ersten Ergebnissen stehen. Neben globalen Replikationen wurde auch die Übertragbarkeit auf bestimmte Bevölkerungsgruppen überprüft. Michelson (2003, 2005) und Ramirez (2005) haben Mobilisierungsversuche speziell der *Latino Vote* analysiert. Green (2004) widmete sich speziell der Gruppe afroamerikanischer Wähler:innen, während Trivedi (2005) die Gruppe indischer Einwanderer:innen betrachtete; Wong (2005) sowie Bedolla und Michelson (2009) haben die Gruppe asiatischer Einwanderer:innen in den Blick genommen. Auch diese Analysen gesellschaftlicher Teilgruppen ergeben ein recht homogenes Bild, das die ursprünglichen Befunde von Gerber und Green (2000) bestätigt.

Bei der Betrachtung von Teilgruppen werden inzwischen auch andere Differenzierungslogiken eingesetzt. Panagopoulos (2013) etwa geht der Frage nach, wie Maßnahmen in sozialstrukturell definierten Gruppen der Bevölkerung aufgenommen werden – und findet dabei keine Hinweise auf differenzielle Effekte. Vielmehr kann er zeigen, dass auch „disadvantaged, low voting propensity voters“ erfolgreich mobilisiert werden können. Arceneaux und Nickerson (2009) ebenso wie Enos et al. (2014) weisen auf Interaktionseffekte zwischen dem Wahltyp (Haupt- oder Nebenwahl) und den Erfolgchancen von Mobilisierungsstrategien hin: Bei wichtigen (nationalen) Wahlen sei es leichter, auch politikferne Gruppen zu mobilisieren, bei weniger wichtigen Wahlen dagegen würde man wohl eher politiknahe Gruppen mobilisieren. In wiederum anderer Forschungslinie stehen Entwicklungen, die sich mit Verfeinerungen der Anspracheformate und -formen bis hin zu exakten Botschaften beschäftigt haben.

Bei all den skizzierten Fortentwicklungen im Bereich der Erforschung der Mobilisierungspotenziale durch aufsuchende Verfahren fehlt allerdings bislang eine, die längst überfällig erscheint, gerade auch im Lichte der von Eldersveld formulierten Frage nach dem Einfluss in „different election contexts and types of campaigns“. Die bislang vorliegenden Forschungsergebnisse beziehen sich nahezu ausschließlich auf den US-amerikanischen Kontext. Inwiefern haben diese Befunde aber auch für Deutschland Gültigkeit? Dazu liegen in der Literatur bislang leider nur sehr spärliche Ergebnisse vor.

6. Durchführung und Verlauf des Projekts

In diesen verschiedenen politikwissenschaftlichen wie politisch-bildnerischen Linien steht das Projekt „Wahlscouts“, dessen Aufbau und Umsetzung im Folgenden beschrieben werden. In einem ersten Schritt skizzieren wir die Konzeption und Vorbereitung der Haustürgespräche. Anschließend wird dargestellt, nach welchen Kriterien die Einsatzgebiete der Wahlscouts in Berlin und Bremen ausgewählt wurden. Abschließend

gehen wir auf die spezifischen Herausforderungen ein, die mit dem Projekt „Wahlscouts“ im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 verbunden waren.

6.1 Vorbereitung der Haustürgespräche und Datenerhebung

Aufbauend auf den oben skizzierten theoretischen Vorüberlegungen aufsuchender politischer Bildungsarbeit sowie der US-amerikanischen Forschung war der persönliche Kontakt mit Wahlberechtigten an den Haustüren das Kernstück des Projekts. Durch solche persönlichen Gespräche, so die Annahme, lassen sich auch Menschen zum Wahlgang ermutigen, die bisher nicht oder unregelmäßig gewählt haben bzw. sich unsicher sind, ob sie an der Bundestagswahl 2021 teilnehmen werden. Zudem lassen sich im Rahmen von dialogischen Gesprächen auch eher jene Gründe und vor allem Hindernisse identifizieren, die Menschen von einer Wahlteilnahme abhalten. Entsprechend sollten in Berlin und Bremen zahlreiche Zweier-Teams aus speziell vorbereiteten Scouts die Menschen in den ausgesuchten Bezirken aufsuchen, um in einem Gespräch erstens zu erfragen, ob die Menschen an der bevorstehenden Wahl teilnehmen möchten und ob sie zweitens etwaige Informationsbedarfe haben oder Hindernisse für eine Wahlteilnahme bestehen. Drittens sollten sie im Rahmen eines Gesprächs auf etwaige Hindernisse eingehen und Informationen über Wahlrecht und Wahlmodus anbieten. Es ging also nicht nur darum, einen mobilisierenden Kurzimpuls („Geht wählen“) zu setzen (wie es bei vielen der oben skizzierten US-amerikanischen Feldexperimente der Fall ist), sondern im Sinne einer Maßnahme der politischen Bildung Informationen über die anstehende(n) Wahl(en) anzubieten und für das Wählen als demokratischen Akt und zentrale Möglichkeit der politischen Teilhabe zu werben.

Erste Erfahrungen aus dem Pilotprojekt anlässlich der Bürgerschaftswahl 2019 in Bremen hatten gezeigt, dass vielen Menschen grundlegende Informationen (Wahltermin, Ort der Wahllokale, Anzahl der Stimmen, Möglichkeiten der Briefwahl) fehlen. Darüber hinaus

besaßen viele der aufgesuchten Menschen zwar prinzipiell Interesse an Wahlen, es fehlt ihnen jedoch oft an Gesprächspartner:innen bei konkreten Nachfragen. Aus dieser Ausgangslage heraus sollten die Wahlscouts im Sinne einer überparteilichen und neutralen „Kurzzeitintervention“ der politischen Bildung an der Haustür die Wähler:innen mit niederschweligen Basisinformationen zur Wahl versorgen und darüber hinaus motivieren, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Dabei konnten die Scouts auf Informationsmaterialien der politischen Bildung für die Bundestagswahl 2021 hinweisen (etwa den Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung) oder entsprechende Materialien hinterlassen (siehe Anhang). Die Gespräche erfolgten mit standardisierten Einstiegsfragen und wurden mit einer Länge von im Durchschnitt ca. 2 Minuten eingeplant.

Um sicherzustellen, dass die Scouts in einem offenen Gespräch bei Bedarf möglichst umfangreiche Informationen über die Wahlen, das Wahlrecht und die Modalitäten der Wahl anbieten können und sich gleichermaßen professionell und parteipolitisch neutral verhalten, wurden sie umfassend geschult. Der Sicherstellung der Überparteilichkeit, aber auch der persönlichen Sicherheit der Scouts wurde dabei größte Bedeutung beigemessen. Dahingehend wurden, auch auf Basis der Vorerfahrungen mit dem Pilotprojekt zur Bürgerschaftswahl 2019 in Bremen, alle Scouts in Berlin und Bremen durch eine Referentin der Bremer Landeszentrale für politische Bildung geschult.

Eine weitere Beratung der aufzusuchenden Personen, etwa bezogen auf die Parteiwahl, sollte nicht stattfinden; konkrete Wahlempfehlungen sollten die überparteilichen Wahlscouts explizit nicht aussprechen und eine solche auch nicht vorbereiten. Die Anforderung der Überparteilichkeit der Wahlscouts war Einstellungs Voraussetzung, wurde in der Schulung ausdrücklich und mehrfach mit den Teams thematisiert und auch in verschiedenen Gesprächssimulationen geprobt und eingeübt. Auch das begleitende Informationsmaterial der Wahlscouts wurde unter dem Anspruch der Überparteilichkeit konzipiert und enthielt niedrigschwellige Basisinformationen zu den Wahlen. Die Wahlscouts wurden in Berlin und Bremen zudem jeweils von einer Projektkoordination

begleitet, die regelmäßig Reflexionsgespräche mit den Teams führte. Zur Qualitätssicherung des Einsatzes der Wahlscouts fanden darüber hinaus täglich Auswertungsrunden und eine Kurzbefragung durch die wissenschaftliche Begleitung statt.

Um das Projekt „Wahlscouts“ zudem systematisch evaluieren zu können, war es zudem Aufgabe der Wahlscouts, standardisierte Daten rund um die Haustürgespräche zu erfassen. Diese entpersonalisierten und vollständig anonymen Daten umfassten den allgemeinen Verlauf der Kontakte (z.B. wie viele Haustüren geöffnet wurden), den Verlauf der Gespräche (ob prinzipiell Gespräche erwünscht waren und wie lange sie dauerten), ob eine Wahlbeteiligungsabsicht bei den Gesprächspartner:innen vorliegt und welche Informationsbedarfe gegebenenfalls thematisiert wurden. Um diese verschiedenen Anforderungen - Sicherung der Überparteilichkeit, aber auch der persönlichen Sicherheit, Dokumentation der Gespräche - erfüllen zu können, waren die Scouts immer zu zweit unterwegs, so dass arbeitsteilig eine Person das Gespräch führen, die andere das Gespräch dokumentieren konnte.

„Erfolgreiche“ Haustürbesuche setzen (mindestens) zwei Dinge voraus, nämlich erstens Haustüren, die geöffnet werden und offen bleiben, sowie zweitens Gespräche, in deren Rahmen auf die anstehenden Wahlen verwiesen und Informationsmaterialien (Flyer) angeboten werden können. Beide Aspekte sollten im Rahmen der Maßnahme dokumentiert werden. Dafür wurden den Scouts standardisierte Bögen an die Hand gegeben (siehe Anhang), mit denen sie im Rahmen der Schulung vertraut gemacht wurden. Festgehalten wurde in Kurzform, ob sich hinter einer Hausnummer eine tatsächliche Wohneinheit verbarg¹, ob eine Haustür geöffnet wurde und ob ein Gespräch zustande kam; ebenso wurde die Dauer eines Gesprächs festgehalten. Auf eine weitergehende Erfassung persönlicher Daten sowie das Festhalten des genauen Inhalts des eigentlichen Gesprächsverlaufs wurde verzichtet - die Vertrauensbasis der

¹ In einigen Fällen stellte sich z.B. heraus, dass die im Wahlbezirksverzeichnis aufgeführten Hausnummern nicht (mehr) existieren – etwa wegen eines Hausabbruchs etc.

Gespräche sollte keinesfalls gefährdet werden. Im Nachgang der Gespräche wurden daher einzig die etwaigen Gründe für eine geäußerte Absicht, sich nicht an der Wahl zu beteiligen, festgehalten.

6.2. Auswahl der Einsatzgebiete in Bremen und Berlin

Bei der Auswahl der Einsatzgebiete der Wahlscouts galt es, mehreren Kriterien und Logiken gleichzeitig gerecht zu werden: erstens den politisch-bildnerischen Erfordernissen für einen solchen Einsatz, zweitens dem Rahmen, der durch die Projektförderung gegeben war, sowie drittens der feldexperimentellen Logik der wissenschaftlichen Begleitforschung. Bei der Auswahl der Stimmbezirke² für das Projekt „Wahlscouts“ wurden die folgenden Kriterien angewandt:

- Die Wahlbezirke mussten in den Projektstandorten des geförderten Projekts „Gleiche politische Teilhabe“ liegen, im Rahmen dessen das Unterprojekt „Wahlscouts“ stattfand. Damit mussten die ausgewählten Wahlbezirke gleichzeitig auch in Quartieren des Stadtentwicklungs-Förderprogramms „Sozialer Zusammenhalt“ (für Berlin: Quartiersmanagementgebiete, kurz: QM-Gebiete) liegen, da dies zentrale Voraussetzung für das Rahmenprojekt „Gleiche politische Teilhabe“ ist.
- Es mussten QM-Gebiete mit ausreichend vielen Wahlbezirken sein. Kleine Quartiere mit z.B. nur vier Wahlbezirken hätten zu wenig Vergleichsmöglichkeiten für die wissenschaftliche Begleitforschung geboten. Je größer das untersuchte Quartier ist, desto geringer ist die Gefahr von statistischen „Ausreißern“, also Messwerten weit außerhalb des normalen Streuungsbereichs der statistischen Daten.

² In Berliner Nomenklatur sind es „Wahlbezirke“; mehrere Wahlbezirke in Berlin ergeben zusammen einen „Wahlkreis“ – so wie in Bremen aus vielen Stimmbezirken Wahlkreise werden.

- Auch praktische Erwägungen spielten bei der Auswahl eine Rolle: Die ausgewählten QM-Gebiete sollten für die Wahlscouts halbwegs gut erreichbar sein, damit das Verhältnis von Aufwand und Ertrag für die Wahlscouts günstig war.
- Um die Vielfalt Berlins und Bremens abzubilden, sollten die Wahlscouts in Quartieren in der Nähe der Innenstadt (innerhalb des S-Bahn-Rings für Berlin) einerseits und in den Randbezirken andererseits unterwegs sein. In Berlin wurden zusätzlich noch zwei Bezirke im (ehemaligen) Ostteil und zwei im (ehemaligen) Westteil der Stadt ausgewählt, um der besonderen Geschichte Berlins gerecht zu werden. In Bremen wurde zudem berücksichtigt, dass die Wahlscouts in den beiden Wahlkreisen Bremens (54 und 55) zum Einsatz kommen, und damit sowohl im Bremer Westen als auch im Bremer Osten.
- Die Wahlbeteiligung sollte in den ausgewählten Wahlbezirken unterdurchschnittlich sein, um die erhoffte wahlaktivierende Wirkung der Haustürgespräche durch die Wahlscouts passgenau einzusetzen und nicht in Wahlbezirken mit ohnehin hoher Wahlbeteiligung „Eulen nach Athen zu tragen“.

Besondere Kriterien bei der Auswahl der Einsatzgebiete ergaben sich aus den Erfordernissen der wissenschaftlichen Begleitforschung. Die feldexperimentelle Logik, an der sich die wissenschaftliche Beobachtung in ihrer Umsetzung orientiert, setzt die Auswahl von vergleichbaren kleinräumigen Gebieten voraus. Im Kontext von Bundestagswahlen umfasst die kleinste Ebene, auf der Daten zur Wahlbeteiligung erhoben werden, das Gebiet eines Wahllokals („Stimmbezirk“ in Bremen bzw. „Wahlbezirk“ in Berlin). Innerhalb der ausgewählten Quartiere wurden Wahlbezirke demnach zufällig in die Interventionsgruppe (mit „Maßnahme“) bzw. die Kontrollgruppe (ohne „Maßnahme“) eingeteilt.³ In zufälliger Auswahl wurde also die Hälfte der

³ Für Berlin gab es eine weitere Besonderheit, die berücksichtigt wurde: Hier bilden nämlich mehrere benachbarte Wahlbezirke zusammen einen Briefwahlbezirk. Um Urnen- und zugehörige Briefwahlbezirke gemeinsam auswerten zu können, wurde hier sichergestellt, dass Urnenwahlbezirke, die zusammen einen Briefwahlbezirk bilden, der gleichen Gruppe zugeordnet wurden.

ausgewählten Wahlbezirke von den Wahlscoots besucht, die andere Hälfte nicht (als Beispiel: die Wahlbezirke 301 und 302 wurden in Berlin von den Wahlscoots besucht, die Wahlbezirke 303 und 304 dagegen nicht).

Vor dem Hintergrund dieser Kriterien fiel die Wahl für den Einsatz der Wahlscoots in Berlin auf die Gebiete Gropiusstadt-Nord, Kosmos-Viertel, Alte Hellersdorfer Straße und Rixdorf; in Bremen auf Gröpelingen, Oslebshausen, Tenever und Ellenerbrok.

Nach dem Wahltag sollte untersucht werden, ob die von den Wahlscoots besuchten Wahlbezirke und die Kontrollgruppen (die nicht besuchten, aber vergleichbaren Wahlbezirke) insgesamt eine ähnliche oder eine sich unterscheidende Wahlbeteiligung aufweisen, ob sich also ein Effekt der Haustürgespräche der Wahlscoots feststellen lässt. Wahlbezirke sind in ihrer Ausdehnung – durch die präzise Benennung von Straßen und Hausnummern durch die Landeswahlleitung – eindeutig definiert. Entsprechend konnten für die ausgewählten Wahlbezirke alle Straßen und Hausnummern gelistet werden, die im Rahmen des Projekts anzusteuern waren. Alle Wohneinheiten in diesen Bezirken sollten von den Wahlscoots einmal besucht werden; für wiederkehrende Versuche reichten die vorhandenen Kapazitäten nicht aus. Haustürbesuche sollten – basierend auf den Erfahrungen aus früheren, vergleichbaren Projekten – zwischen 17 und 20 Uhr stattfinden.⁴ Als Zeitraum für die Haustürbesuche waren insgesamt zwei Wochen veranschlagt, wobei bewusst nicht die beiden letzten Wochen vor der Wahl anvisiert wurden, sondern die Wochen drei und vier vor der Wahl vom 26. September 2021. Geplant war demnach ein Einsatz der Wahlscoots an den Wochentagen im Zeitraum von Montag, dem 30. August 2021, bis Freitag, dem 10. September 2021, jeweils von 17 bis 20 Uhr in den ausgewählten Wahlbezirken.

⁴ Vor 17 Uhr führen letztlich zu viele Kontaktversuche mangels anwesender Personen zu keinem Ergebnis; Personen nach 20 Uhr aufzusuchen, erscheint ebenfalls aus verschiedenen Gründen problematisch. Vor diesem Hintergrund scheint, auch basierend aus den Erfahrungen aus dem Pilotprojekt 2019, das Zeitfenster zwischen 17 und 20 Uhr optimal.

6.3. Herausforderungen bei der Umsetzung des Projekts

Nach der ersten Woche der Durchführung wurde das Projekt am 3. September 2021 vom Bremer Innenressort nach einer Intervention des Referats „Parteienrecht“ des Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat gestoppt. Im Nachgang bat auch das Berliner Innenresort die Berliner Bildungsverwaltung, das Projekt auch in Berlin zu beenden, was umgehend geschah⁵.

Insgesamt waren die Wahlscouts damit in Bremen nur vier, in Berlin nur fünf Tage im Einsatz, ehe die Besuche an Haustüren eingestellt wurden. Dies hatte für die wissenschaftliche Begleitforschung zwei Konsequenzen: Erstens konnte innerhalb der ausgewählten Quartiere nicht die maximal mögliche Zahl ausgewählter Wahlbezirke durch Scouts bearbeitet werden. Gravierender noch war die zweite Konsequenz: Selbst in den begonnenen Wahlbezirken konnten nicht alle Wohneinheiten kontaktiert werden. Dies hat zur Folge, dass sich ein positiver Effekt der Haustürbesuche in den amtlichen Wahlstatistiken mit geringerer Wahrscheinlichkeit messbar niederschlagen kann, da sich die Zahl der angesprochenen Haushalte bzw. Personen entsprechend verkleinert hat.⁶

⁵ Als Erläuterung dazu siehe Rechtsgutachten zum Einsatz von Wahlscouts unter <https://www.berlin.de/politische-bildung/bildungspraxis/perspektiven-politischer-bildung/artikel.XXXXXXX.php>

⁶ Ein Beispiel soll die statistische Herausforderung an dieser Stelle verdeutlichen. Angenommen in einem Wahlbezirk leben 1000 Wahlberechtigte in 500 Wohneinheiten, also zwei Wahlberechtigte pro Einheit. Tür-zu-Tür-Besuche müssen sich naturgemäß an Wohneinheiten orientieren. An der Wohnungstür treffen die Wahlscouts auf eine Person aus dem Haushalt. Erfahrungsgemäß kann an einem Viertel der aufgesuchten Haustüren ein Kontakt erfolgreich hergestellt werden. Es werden also mit 125 Personen Gespräche geführt (500 Wohneinheiten bei einer Öffnungsquote von 25 Prozent). Viele dieser Personen würden ohnehin an der Wahl teilnehmen – bei einer (niedrig) angenommenen Wahlbeteiligung von 50 Prozent wären dies rund 60 Personen. Wenn wir annehmen, dass von den anderen rund 60 Personen, die eigentlich nicht wählen würden, jeder Vierte erfolgreich mobilisiert wird, wären dies rund 15 Personen. Bezogen auf die 1000 Wahlberechtigten in dem Wahlbezirk sind dies 1,5 Prozent. Die Beteiligung würde also um 1,5 Prozentpunkt ansteigen – wenn alle Wohneinheiten in einem Wahlbezirk erfolgreich angelaufen werden. In Bremen konnten aber nur 4 von ursprünglich geplanten 10 Tagen Haustürbesuche realisiert werden. Die Zahl angesteuerter Haustüren liegt demnach nur bei 40 Prozent, also bei 200. Bei einer Öffnungsquote von 25 Prozent finden 50 Gespräche statt, 25 davon mit „eigentlichen“ Nichtwähler:innen, von denen sechs zum Wahlgang ermutigt werden. Das entspricht gerade einmal einem halben Prozentpunkt und lässt sich als Veränderung gegenüber anderen Faktoren, die ebenfalls Einfluss auf die Höhe der Wahlbeteiligung in einem Bezirk (wie auch deren Veränderung dort) haben, nur schwer isolieren und nachweisen. Wir werden auf den Umgang mit und die Folgen dieser Herausforderung unten nochmals näher eingehen.

Um die vorhandenen Projektressourcen gleichwohl auch nach dem Abbruch der Haustürbesuche einsetzen zu können, wurde beschlossen, die verbleibende Einsatzzeit der Wahlscouts für das Verteilen von Flyern oder Broschüren zu nutzen, die auf den nahenden Wahltag aufmerksam machten (Flyer) bzw. das Wahlprozedere in einfacher Sprache erläuterten (Berliner Broschüre)⁷. Um aber die realisierten Haustürbesuche nicht durch diese Aktion zu konfundieren, wurde beschlossen, dies in *anderen* Bezirken zu tun, allerdings weiterhin in einer feldexperimentellen Logik: Einige (neu ausgewählte) Bezirke wurden mit Materialien versorgt, andere bewusst nicht. Mit dieser Entscheidung wurde also eine dritte Kategorie von Wahlbezirken geschaffen – zusätzlich zu jenen mit Gesprächen an der Haustür und jenen ganz ohne Maßnahmen, nämlich in Form von „Wahlbezirken mit Flyern“. Für das Projekt wurde damit – wenn auch aus der Not heraus – eine durchaus interessante Vergleichsmöglichkeit zwischen verschiedenen Formen der Ansprache von Wähler:innen geschaffen, auch wenn die wissenschaftliche Literaturlage erwarten ließ, dass der Effekt vom bloßen Einsatz von Flyern und Broschüren vergleichsweise gering sein würde.

Die zusätzlichen Quartiere, die in grundsätzlich ähnlicher Logik wie die ursprünglichen Bezirke ausgewählt wurden, waren in Berlin Beusselstraße, Ackerstraße, Moabit Ost, Gesundbrunnen und Glasower Straße. Dabei war die Erreichbarkeit von der Landeszentrale für politische Bildung Berlin, in der das Material abgeholt werden musste, ein wichtiges Kriterium. In Bremen waren die zusätzlichen Quartiere Kattenturm, Marßel, Huchting und Huckelriede.

In Berlin ergab sich im Kontext der Wahl eine weitere Herausforderung: Der Wahltag in Berlin war durch zahlreiche Unregelmäßigkeiten geprägt: In manchen Wahllokalen fehlten Stimmzettel, in anderen bekamen Wähler:innen falsche Stimmzettel; einige Wahllokale hatten zwischendurch geschlossen, so dass wartende Wähler:innen nach

⁷ Broschüre „EIN SONNTAG, DREI WAHLEN. 26. September 2021: Bezirksverordnetenversammlungen – Abgeordnetenhaus – Bundestag“ (Veröffentlichung der Berliner Landeszentrale für politische Bildung)

Hause geschickt wurden, an anderen warteten die Menschen stundenlang auf ihre Stimmabgabe. Gegen das amtliche Endergebnis sind inzwischen mehrere Einsprüche eingegangen, auch von Seiten der Landeswahlleitung selbst; die Wahl zum Abgeordnetenhaus wurde zwischenzeitlich sogar nach einem Urteil des Verfassungsgerichtshofs des Landes Berlin wiederholt. Die Zahlen der amtlichen Statistik, die im Projektkontext als Kriterium der Effektivität der Maßnahmen herangezogen werden, sind daher in Berlin mit größerer Vorsicht zu genießen, als dies sonst für Wahlen in Deutschland der Fall ist. Außerdem kann nicht ausgeschlossen werden, dass in einzelnen untersuchten Wahlbezirken größere oder kleinere Unregelmäßigkeiten das Ergebnis verfälscht haben – und damit vielleicht auch das Ergebnis der wissenschaftlichen Begleitforschung.⁸

7. Ergebnisse und Auswertung

Die Auswertung des Projekts baut auf drei Säulen auf, von denen zwei sich aus dem Prozess des Projekts bzw. der Wahl ergeben. Die Haustürbesuche wurden – wie oben skizziert – umfassend dokumentiert: Dass Türen geöffnet werden und Gespräche stattfinden, sind notwendige Bedingungen für den Erfolg des Projekts. Daher bilden genau diese Aspekte der Dokumentation der Haustürbesuche die erste Säule der Auswertung und Evaluation des Projekts. Zudem verfügt man mit der amtlichen Wahlstatistik zur Wahlbeteiligung in allen Wahlbezirken über jene Daten, die die Grundlage für die Prüfung möglicher Effekte der Maßnahme bilden. Wenn in Bezirken mit Haustürbesuchen (wieder) mehr Menschen wählen als in den Kontrollbezirken, so ist dies ein deutlicher Hinweis auf die Effektivität der Maßnahmen. Diese Daten bilden die zweite Säule der Auswertungen.⁹

⁸ Schließlich stellte auch der sehr hohe Briefwahlanteil eine Herausforderung für die Evaluation des Projekts dar, was sich aber methodisch berücksichtigen lässt (siehe 7.3).

⁹ Wie genau mit diesen Daten umgegangen wird, wird unten nochmals im Detail erläutert. Besondere Herausforderungen ergeben sich aus dem bereits skizzierten Verlauf (und dem Abbruch) des Projekts, dem Anteil geöffneter Türen (je geringer der Anteil, desto schwerer ist ein Effekt der realisierten Haustürbesuche nachweisbar) sowie dem hohen Briefwahlanteil 2021.

Schließlich sammelten die Wahlscouts im Verlauf des Projekts selbst wichtige Erfahrungen und Eindrücke. Sie waren mehrere Stunden pro Tag in Gesprächen mit Wahlberechtigten und gewannen so wertvolle Eindrücke über die Einstellungen ihrer Gesprächspartner:innen und deren Gründe, (nicht) wählen zu gehen. Diese Erfahrungen und Eindrücke wurden mittels einer Befragungen der Scouts sowohl im Vorfeld des Projekts als auch durch tägliche Kurzbefragungen erfasst. Dabei wurde mit einer Mischung aus offenen und geschlossenen Fragen unter anderem festgehalten, wie die Wahlscouts die Gespräche und die Meinungen der besuchten Personen zum Wählen erlebt haben, welche Ereignisse besonders einprägsam waren, welche Herausforderungen sich ergaben und welcher Informationsbedarf in den Gesprächen deutlich wurde. Die Daten aus diesen Scoutbefragungen bilden die dritte Säule der Evaluation.¹⁰

7.1 Dokumentation der Haustürbesuche

Im ersten Schritt der Ergebnispräsentation wird dargestellt, wie gut es letztlich gelungen ist, mit den Menschen in den ausgewählten Stadtvierteln ins Gespräch zu kommen. Insgesamt waren bis zur vorzeitigen Beendigung des Projekts die Scouts in Zweierteams in zwölf Wahlbezirken in Berlin unterwegs, in Bremen in sechs. In Berlin dauerte der Einsatz der Wahlscouts fünf Tage, in Bremen vier. In diesem Zeitraum wurde an 5439 Berliner Wohnungstüren (rund 450 pro Wahlbezirk, also 90 pro Tag und Wahlbezirk) und an 1617 Bremer Haustüren (rund 270 pro Bezirk, also 67,5 pro Tag und Wahlbezirk) geklopft.¹¹ Ausgehend von diesen Kontaktquoten öffneten sich den Scouts in Berlin 2143

¹⁰ Daneben gab es auch informelle Feedbackrunden mit den Scouts, die aber explizit nicht Teil der Evaluation waren, sondern Raum für einen informellen Austausch bieten und die Qualitätssicherung der Haustürgespräche sicherstellen sollten.

¹¹ Es gibt mehrere Gründe für die Unterschiede zwischen Bremen und Berlin an dieser Stelle. Neben der um einen Tag kürzeren Einsatzzeit wurden in Bremen mehr (längere) Gespräche geführt, was im Umkehrschluss natürlich bedeutet, dass weniger Türen angesteuert werden konnten. Zudem weist die Scoutbefragung auch auf Unterschiede in der städtebaulichen Wohnsituation in den jeweiligen Bezirken hin: Während die Scouts in Berlin

und in Bremen 837 Haustüren. Das entspricht einer Öffnungsquote von knapp 40 Prozent für Berlin und einer Quote von 52 Prozent für Bremen. Zugleich zeigen die Zahlen erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Wahlbezirken: Für Berlin etwa schwanken die Werte zwischen 29,2 und 53,3, für Bremen zwischen 43,9 und 64,2 Prozent.

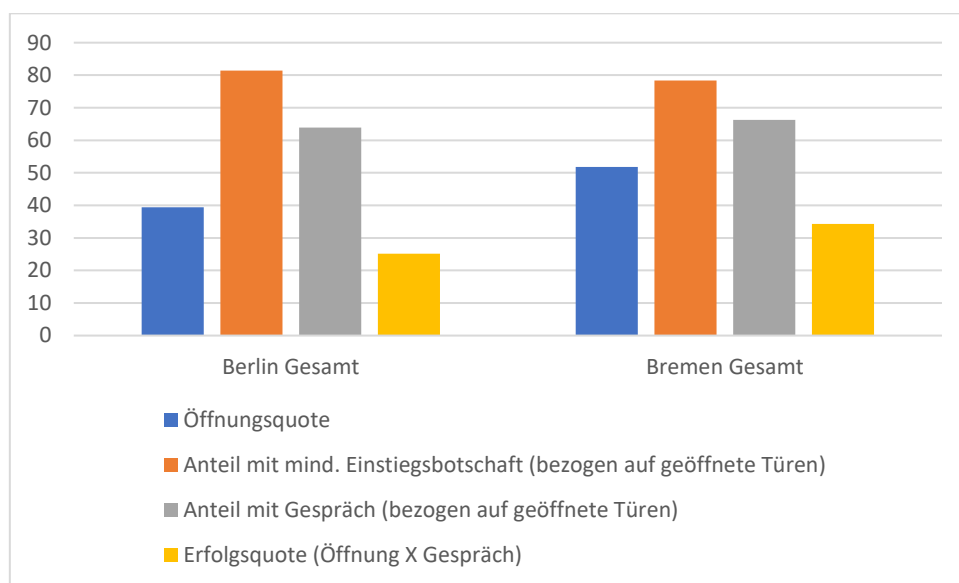
Wenn die Türen einmal geöffnet wurden, gelang es den Scouts in der überwiegenden Zahl der Fälle auch, mindestens eine Einstiegsbotschaft zu übermitteln (Berlin: 81,4 Prozent bezogen auf die geöffneten Türen, Bremen: 78,4 Prozent bezogen auf die geöffneten Türen). Die Auswertung der Dokumentation zeigt darüber hinaus ein überaus positives Ergebnis: In der deutlichen Mehrheit der Fälle hatten die angesprochenen Personen ein Interesse an einem Gespräch über die Wahl. Für Berlin liegt der Anteil an geführten Gesprächen bei 63,9 Prozent, für Bremen bei 66,3 Prozent. Wenn eine Tür aufgeht, gelingt es folglich in zwei von drei Fällen, daraus auch ein Gespräch zu entwickeln. Allerdings schwanken auch diese Anteile erheblich, für Berlin nämlich zwischen 34,8 und 89,8 Prozent, für Bremen zwischen 30,7 und 91,6 Prozent. Ob dies an den Herangehensweisen und Gesprächsführung der Scouts liegt, an Besonderheiten der Bezirke oder Kombinationen aus beidem, lässt sich auf Basis der gesammelten Daten nicht entscheiden, sollte aber für künftige Studien und die Optimierung der Kontakt- und Gesprächshäufigkeiten durchaus genauer in den Blick genommen werden.

Bezieht man die Gespräche schließlich auf die Zahl der Wohnungen, die angesteuert wurden, so zeigt sich für Berlin: An jeder vierten Tür konnte ein Gespräch geführt werden (Öffnungsquote 39,4% X Gesprächsquote bei Öffnung 63,9% = 25,2%); in Bremen war es sogar an jeder dritten Tür (51,8% X 66,3% = 34,3%).

geschätzt haben, dass rund zwei Drittel der Wohnungen in mehrgeschossigen Hochhäusern liegen (dagegen weniger als 10 Prozent in einem Einfamilienhaus), trafen die Scouts in Bremen nach eigenen Angaben in mehr als der Hälfte der Fälle auf Personen, die in Ein- oder Zweifamilienhäusern lebten und in nur einem Drittel der Fälle auf Personen, die in Hochhäusern oder Häuserblocks lebten. Die unterschiedliche Kontaktquote erklärt sich neben der unterschiedlichen Dauer der Gespräche also auch durch die längeren bzw. kürzeren Laufwege zwischen den Haushalten.

Bezieht man abschließend die Zahl der Gespräche auf die Zahl der bei der Bundestagswahl wahlberechtigten Menschen in den einzelnen Bezirken, so resultiert für Berlin ein Wert von 11,1 Prozent, für Bremen ein Wert von 8,6 Prozent. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass die Bezirke aufgrund der verkürzten Feldzeit nicht vollständig bearbeitet werden konnten. Umso bemerkenswerter erscheinen diese Zahlen erreichter Personen pro Bezirk.

Erfolgsindikatoren der Haustürbesuche in Berlin und Bremen



Quelle: Eigene Daten / Dokumentation durch die Wahlscouts

7.2 Ergebnisse der Scout-Befragung

7.2.1. Motivation und Selbstwahrnehmung der Wahlscouts

Im zweiten Schritt sollen die Ergebnisse der Befragungen der Wahlscouts selbst näher beleuchtet werden. Die Wahlscouts waren mehrheitlich jung – nur 23 Prozent der Scouts gaben an, älter als 30 Jahre zu sein.¹² Dem folgend gaben rund 75 Prozent der Scouts

¹² Nicht alle Scouts nahmen an allen Teilbefragungen teil – eine Altersangabe etwa liegt für 31 Personen vor. Im Folgenden wird nicht bei jeder statistischen Angabe oder Aussage auf die Zahl der Antwortenden eingegangen, nur dort, wo die Basis bei weniger als 20 Antworten liegt, wird darauf explizit hingewiesen.

an, sich noch in Schule, Studium oder Ausbildung zu befinden. Mehrheitlich waren die Scouts weiblich und formal hoch gebildet: In 8 von 10 Fällen wurde das Abitur als höchster Schulabschluss angegeben.

Die Aufgabe, auf zuvor unbekannte Menschen an Haustüren zu stoßen, scheint zudem bestimmte Typen in besonderer Weise anzusprechen, nämlich an gesellschaftlichen Fragen interessierte Menschen, die Herausforderungen suchen: 77 Prozent der Scouts geben an, dass sie sich gerne zu allem eine Meinung bilden; 65 Prozent finden Freude daran, auch über komplizierte Probleme nachzudenken. 88 Prozent geben an, wichtige politische Fragen gut verstehen und einschätzen zu können; nahezu alle trauen sich zu, sich an politischen Diskussionen aktiv zu beteiligen – Werte, die durchweg weit über dem liegen, was auf die Bevölkerung insgesamt im Mittel zutrifft. Insgesamt beschreiben sich die Scouts zudem als offene Menschen: 73 Prozent geben an, gerne aus sich herauszugehen, während sich nur rund 10 Prozent als eher zurückhaltend und reserviert beschreiben.

Zu Beginn des Projekts wurden die Scouts in einer offenen Frage nach ihrer Motivation gefragt, an dem Projekt teilzunehmen. Dabei gaben viele an, dass sie Menschen zum Wählen motivieren wollten. Einige gaben darüber hinaus ein Interesse an den Gründen an, die Menschen davon abhalten, an Wahlen teilzunehmen. Die Scouts erwähnen dabei immer wieder eine hohe Wertschätzung für Demokratie und die Möglichkeit zur Partizipation. Exemplarisch dafür sei folgendes Zitat genannt:

„Ich möchte dazu beitragen, dass es eine höhere Wahlbeteiligung gibt und sich die Menschen dazu eingeladen fühlen, ich habe große Lust sie in ihren möglichen Ängsten abzuholen.“

Das spiegelt sich auch in den Meinungen der Scouts wider, die sie zu Demokratie und Gesellschaft haben. Sie zeigen sich außerordentlich zufrieden mit der Demokratie in Deutschland und sind auch von der Idee der Demokratie an sich sehr überzeugt.

In Bezug auf das Kernanliegen dieses Projekts, das Wählen, zeigen die Scouts eine große Wertschätzung für diese Form politischer Partizipation. Es ist den Scouts wichtig, dass ihre Mitbürger:innen an Wahlen teilnehmen - keiner:m Einzige:n ist dies egal - und dass die Wahlbeteiligung hoch ist. 81 Prozent der Scouts empfinden es als Pflicht der Bürger:innen, regelmäßig an Wahlen teilzunehmen.

Konkret auf die Haustürbesuche bezogen wurden die Scouts im Vorfeld gefragt, wie viel Unsicherheit oder Freude sie in Bezug auf das bevorstehende Projekt empfinden. Dabei zeigt sich, dass die (Vor-)Freude klar gegenüber Unsicherheitsgefühlen überwiegt. Erfasst auf einer Skala von 0 („überhaupt nicht unsicher“) bis 10 („sehr unsicher“) gaben die Scouts im Durchschnitt einen Wert von 4,8 bezogen auf ihre empfundene Unsicherheit an; dem steht ein Mittelwert von 6,5 auf der äquivalenten (Vor-)Freude-Skala gegenüber. Gefragt nach den Gründen für etwaige Unsicherheitsgefühle zeigte sich, dass die Scouts unsicher waren, ob die Menschen offen und ehrlich mit ihnen sprechen werden oder sich über die Gesprächsangebote freuen würden.

Die Vorfreude führt auch zu großem Optimismus auf Seiten der Scouts bezüglich der Projektziele: 77 Prozent stimmen der Aussage (eher) zu, dass sie „in jedem Fall etwas erreichen und bewirken“ werden. Ähnlich hoch ist der Anteil derer, die sich sehr gut vorbereitet fühlen, auch wird das Instrument der Haustürgespräche als gut geeignet wahrgenommen, um über Wahlen zu informieren.

Diese oben beschriebenen (Vor-)Einstellungen der Wahlscouts zur Demokratie, dem Wählen und dem Projekt als solches erwiesen sich dabei als sehr robust: Weder finden sich im Vergleich der Bremer zu den Berliner Scouts größere Unterschiede (die Vorfreude fiel in Bremen noch etwas höher aus; auch die Erwartungen erfolgreicher Mobilisierungen waren dort etwas optimistischer als in Berlin) noch ergaben sich diesbezüglich Veränderungen im Zeitverlauf des Projekts.

7.2.2. Wahrnehmungen der Haustürbesuche und Gespräche

Die Scouts waren in den Wahlbezirken die Träger:innen des Projekts mit den unmittelbarsten Eindrücken. Wir haben uns deshalb insbesondere dafür interessiert, wie die Wahlscouts selbst die Gespräche über die bevorstehenden Wahlen erlebt haben und welche Eindrücke sie sammeln konnten. Als zentrale Prämissen des Projekts und letztlich auch unabdingbar für den Erfolg der Haustürgespräche wurden im Vorfeld das persönliche Wohlbefinden und die Sicherheit der Scouts identifiziert. Diese wurden dementsprechend täglich abgefragt.

Befragt nach ihrem persönlichen Wohlbefinden auf einer Skala von -5 bis +5 geben die Scouts im Mittel einen Wert von 2,6 an und zeigen sich damit alles in allem zufrieden mit dem Ablauf des Projekts. Sie haben sich während des Projekts auf den Straßen sicher und wohl gefühlt (Mittelwert von 2,7). Die Scouts haben sich zudem immer gut vorbereitet gefühlt und geben im Schnitt einen Wert von 8 auf einer Skala von 0 („überhaupt nicht gut vorbereitet“) bis 10 („sehr gut vorbereitet“) an. Eine gewisse Herausforderung im Feld war der Faktor Sprache: 24 Prozent berichten, im Kontakt mit den Bürger:innen Sprachschwierigkeiten gehabt zu haben. Zudem hatten die aufgesuchten Menschen zu Beginn des Gesprächs häufig den Eindruck, die Scouts würden parteipolitische Ziele verfolgen, obwohl dies explizit nicht der Fall war.

Um einen Eindruck davon zu bekommen, was die Scouts während des Projekts besonders bewegt hat, wurden sie nach „Highlights“ und „kritischen Ereignissen“ jedes Tages gefragt. Highlights für die Scouts waren vornehmlich freundliche Gespräche an den Haustüren oder Erlebnisse der eigenen Selbstwirksamkeit. Viele offene Antworten zielen in diese Richtung und schildern, wie Personen dazu angeregt wurden, doch wählen zu gehen oder dass die Arbeit der Scouts wertgeschätzt wurde. So berichten zwei Scouts beispielsweise:

„Eine Person hat uns sehr stolz bestätigt, dass sie wählen gehen wird.

Eine andere Person war sich erst nicht sicher, wurde dann aber von einer

Mitbewohnerin tatkräftig mit einer Selbstverständlichkeit motiviert und wollte am Ende sicher wählen gehen.“

„Ja, als eine Person die Information sehr hilfreich fand und dankend angenommen hat und wir ein kurzes nettes Gespräch hatten.“

Zudem wurden die Scouts gefragt, wie hoch, ihrem persönlichen Eindruck nach, die Anteile von Nichtwähler:innen und Nicht-Wahlberechtigten waren, auf die sie getroffen sind. Dabei gilt es natürlich zu bedenken, dass wir im Projekt bewusst Wahlbezirke ausgewählt haben, die in der Vergangenheit durch niedrige Wahlbeteiligung gekennzeichnet waren. Im Ergebnis schätzen aber sowohl die Berliner wie auch die Bremer Scouts, dass jeweils rund ein Drittel der Menschen, auf die sie an den Haustüren getroffen sind, nicht wahlberechtigt sind oder aber zwar wahlberechtigt sind, aber letztlich nicht wählen gehen werden.

Was hindert die Menschen daran, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen? In der Wahrnehmung der Scouts war ein wiederkehrendes Motiv das Desinteresse an Politik und Wahlen, häufig ausgelöst durch den Eindruck, dass Politik und Wahlen keinen Einfluss auf ihr Leben hätten und sich ohnehin nichts ändern würde. Auch fehlende Lust oder Zeit, sich mit Politik zu beschäftigen, nahmen die Scouts als Hinderungsgründe wahr, wie das folgende Beispiel belegt:

„Sie haben den Eindruck, nichts bewirken zu können. Einige glauben, dass alles eh schon beschlossen, die Wahl nur gefakt oder das Ergebnis schon beschlossen ist. Viele wirken generell müde, vom Leben gezeichnet, im wahrsten Sinne abgehängt und fühlen sich null gemeint und angesprochen von ‚der Politik‘. Einige finden es auch diesmal schwer, weil niemand ihnen zusagt von den Kandidat:innen.“

Neben solch fundamentalen Gründen kamen aber auch immer wieder Unsicherheiten zur Sprache, denen man mit einfachen Informationen zum Wahlrecht begegnen kann.

Sprachbarrieren in den Wahlunterlagen oder auch allgemeine Unsicherheiten, *wie man überhaupt wählt*, zählen dazu. Die Wahlscouts trafen auch auf Menschen, die nicht wahlberechtigt waren und daher gar keine Möglichkeit hatten, an Wahlen teilzunehmen. In Berlin berichten die Scouts in diesem Zusammenhang aber auch, dass EU-Bürger:innen häufig nicht wussten, dass sie zumindest für die Wahl zur Berliner Bezirksverordnetenversammlung wahlberechtigt waren, wenn auch nicht zur Bundestagswahl.

Abschließend nach ihrer persönlichen Einschätzung gefragt, welche Mittel geeignet seien, um Menschen zum Wählen zu motivieren, gaben die Scouts an, dass sie die persönliche und direkte Ansprache von (Nicht-)Wähler:innen als besonders wirksam empfanden. Argumentativ motiviere auch der Hinweis auf die (fehlende) Repräsentation der eigenen Interessen beim Fernbleiben von der Wahl, die Menschen zum Wählen. Als in den Gesprächen hilfreich wurden zudem die Verweise auf Bildungsangebote wie den Wahl-O-Mat und die verschiedenen Möglichkeiten zur Briefwahl empfunden.

7.3. Ergebnisse auf Basis der amtlichen Wahlstatistik

Im Nachgang zur Bundestagswahl 2021 galt es schließlich zu prüfen, inwieweit die Besuche der Wahlscouts an den Haustüren in den ausgewählten Bezirken eine Auswirkung auf die Wahlbeteiligung hatte. Dabei sind, wie oben bereits angerissen, einige Besonderheiten des Projekts und seines Verlaufs, aber auch des Wahljahres 2021 insgesamt zu berücksichtigen: Die Wahlscouts waren erstens nur an vier (Bremen) bzw. fünf Tagen (Berlin) im Einsatz, so dass die ausgewählten Bezirke nicht vollumfänglich abgearbeitet werden konnten. Das reduziert den erwartbaren Effekt erheblich. Zweitens war das Wahljahr insgesamt durch ein sehr hohes Maß an Briefwahl gekennzeichnet. Für die wissenschaftliche Begleitforschung des Projekts ist dies eine ambivalente Entwicklung. Die Scouts waren vier Wochen vor der Wahl in den Wahlbezirken im Einsatz. Zum eigentlichen Wahltag bestand also ein erheblicher zeitlicher Abstand. Gleichwohl war es während des Einsatzzeitraumes des Projekts möglich, eine Briefwahl zu beantragen

und/oder per Briefwahl die Stimme abzugeben. Die Menschen könnten also durch die Scouts dazu motiviert worden sein, sich für die Briefwahl zu entscheiden. Ein Effekt des Projekts könnte daher in einem Anstieg der Briefwahl zu beobachten sein.

Gleichwohl gehen mit diesem Trend zur Briefwahl auch Herausforderungen für das Projekt einher. Bei einer Wahl wird das Stadtgebiet in Berlin wie in Bremen so in Wahlbezirke eingeteilt, dass jede Wohneinheit zu genau einem Wahlbezirk gehört. In diesem Wahlbezirk gilt ein:e Bürger:in als wahlberechtigte Person und darf entsprechend dort im Wahllokal wählen. Beantragen Personen nun aber eine Briefwahl (genau genommen beantragen Personen einen Wahlschein, der die Möglichkeit zur Briefwahl eröffnet), bleiben sie zwar in ihrem Wahlbezirk als wahlberechtigte Personen verzeichnet, erhalten aber im Verzeichnis der Wähler:innen einen sogenannten Sperrvermerk, um mehrfache Abstimmungen zu vermeiden. Am Wahltag dürfte die Person dort im Wahllokal nur noch unter Vorlage des erhaltenen Wahlscheins ihre Stimme abgeben. Ein Wahlschein ermöglicht aber auch – und das ist der Regelfall bei einem beantragten Wahlschein – die Briefwahl. Die per Brief eingegangenen Stimmzettel werden aber nicht mehr dem ursprünglichen Wahlbezirk zugeordnet, sondern eigens dafür eingerichteten Briefwahlbezirken. In diesen eigenen Briefwahlbezirken werden die eingegangenen Briefwahlumschläge der wahlberechtigten Personen mit Wahlschein aus den Wahlbezirken zunächst erfasst und dann gezählt. In den ursprünglichen Wahlbezirken zählen diese Briefwähler damit nicht mehr zu den dort verzeichneten Wählenden. Als Wähler:innen zählen dort nur all jene, die am eigentlichen Wahltag im Wahllokal persönlich ihre Stimme abgeben.

Gleichwohl lassen sich auch mit den auf Wahlbezirksebene vorhandenen Informationen Wahlbeteiligungsraten berechnen und damit die Wirksamkeit von Maßnahmen politischer Bildung abschätzen. Eine erste und einfache Variante bestünde darin, die Wähler:innen (im Wahllokal) ins Verhältnis zu den Wahlberechtigten in diesem Wahlbezirk zu setzen. Allerdings würde diese Wahlbeteiligungsraten massiv die tatsächliche Beteiligung

unterschätzen, da die Briefwähler:innen – wie gerade skizziert – nicht in die Berechnung eingehen würde. Gerade damit würde aber auch ein möglicher Effekt der Maßnahmen auf die Beteiligung per Briefwahl selbst unentdeckt bleiben. Dies lässt sich vermeiden, wenn man eine etwas komplexere Berechnung unter Rückgriff auf eine zusätzliche Annahme wählt. Wenn man annimmt, dass alle Wahlberechtigten mit Sperrvermerk auch tatsächlich Briefwahl machen¹³, so ergibt sich aus der Summe der Wähler:innen im Wahllokal und den Wahlberechtigten mit Sperrvermerk die Gesamtzahl der Wähler:innen in einem Wahlbezirk; diese Summe lässt sich dann wiederum ins Verhältnis zur Gesamtzahl der Wahlberechtigten in diesem Wahlbezirk setzen. Diese Logik wollen wir auch hier verfolgen: Zusätzlich werden wir aber auch den Anteil der Wahlberechtigten mit Sperrvermerk alleine in den Blick nehmen, um so explizit die Briefwahl zu betrachten.

Betrachtet man nun zunächst für Berlin die dieser Logik folgenden Werte und stellt die 12 Wahlbezirke mit Haustürbesuchen den 18 vergleichbaren Kontrollbezirken ohne Einsatz der Wahlscouts gegenüber, so zeigen sich in beiden Gruppen Wahlbeteiligungsraten im oben skizzierten einfachen Sinne von durchschnittlich jeweils 38,5 Prozent. Von den in den Wahlbezirken wahlberechtigten Personen wählten also etwas weniger als 40 Prozent am Tag der Wahl persönlich im Wahllokal – und zwar sowohl in den Bezirken mit Einsatz von Wahlscouts als auch in den Bezirken ohne einen solchen Einsatz. Die Maßnahmen haben demnach nicht dazu geführt, dass mehr Menschen den Weg ins Wahllokal gefunden haben.

Dieses Fazit ändert sich allerdings, wenn man in der oben skizzierten Weise die Briefwahl einbezieht. Denn in den Wahlbezirken *mit* Maßnahmen liegt der Anteil der Menschen mit

¹³ Diese Annahme ist natürlich nicht ganz gerechtfertigt. Bezogen auf Berlin aber liegt der Anteil der Briefwähler:innen in Relation zur Zahl der Wahlberechtigten mit Sperrvermerk bei der Bundestagswahl 2021 bei rund 92 Prozent, d.h. acht Prozent der Menschen, die einen Wahlschein beantragen, geben demnach letztlich keine Stimme ab. Bei Betrachtung einzelner Berliner Bezirke stellt man durchweg Werte zwischen 91 und 94 Prozent fest. In Bremen liegt der Anteil sogar bei 97 Prozent. Insgesamt kann man also davon ausgehen, dass zwar nicht alle Wahlberechtigten mit Sperrvermerk auch tatsächlich ihre Stimme abgeben, dass dies aber über Berlin (und auch Bremen) hinweg in ähnlich hoher Weise passiert und nicht systematisch verzerrt ist.

beantragtem Wahlschein mit 31,8 Prozent um drei Prozentpunkte höher als in den Wahlbezirken ohne Einsatz der Wahlscouts. Es deutet sich hier also an, dass die Maßnahmen zu einem Mehr an Briefwahl (oder zumindest Briefwahanträgen) geführt haben, der sich entsprechend auch bei der Gesamtbetrachtung der Wahlbeteiligung niederschlägt, wenn man diese aus Wähler:innen im Wahllokal und Wahlberechtigten mit Wahlschein zusammensetzt. Dann resultiert für die Wahlbezirke mit Maßnahme ein Wert von 70,3 Prozent im Vergleich zu einem Wert von 67,3 Prozent in den Wahlbezirken ohne Einsatz der Wahlscouts. Aufgrund der geringen Zahl ausgewählter Bezirke, aber insbesondere auch dem Umstand, dass die Bezirke nicht vollumfänglich abgearbeitet werden konnten, ist der Befund mit einer gewissen Vorsicht zu sehen; in einem streng statistischen Sinne verfehlt er auch herkömmliche Grenzen statistischer Signifikanz. Die Richtung des Effekts sowie gerade auch der Umstand, dass der Effekt sich – wie oben ausgeführt – plausiblerweise in einem Mehr an Briefwahl niederschlägt, sprechen aber für eine Effektivität der Maßnahme. Bedenkt man dabei, dass die Analyse der Kontaktquoten gezeigt hat, dass nur mit rund 10 Prozent der Wahlberechtigten an den Haustüren interagiert werden konnte (und damit ja nur diese 10 Prozent die Träger:innen dieses Effektes sein können), so deutet sich – im Einklang mit dem oben wiedergegebenen Literaturstand – ein substantiell erheblicher Mobilisierungseffekt bei Menschen zumindest an, mit denen ein persönlicher Kontakt stattfand.

Für Bremen ergibt sich ein etwas differenzierteres, aber gleichwohl dazu passendes Bild. Vergleicht man hier die sechs Wahlbezirke mit Maßnahmen mit den zwölf Kontrollbezirken ohne Maßnahmen, zeigt sich in der einfachen Wahlbeteiligungsrate ein Unterschied von im Mittel 1,5 Prozentpunkten – allerdings zugunsten der Bezirke *ohne* Maßnahme. Dort gingen also mehr Menschen ins Wahllokal als in den Bezirken mit Einsatz der Wahlscouts. Anders stellt sich das Bild allerdings dar, wenn erneut die Briefwahl einbezogen wird: Tatsächlich liegt der Anteil der Briefwähler:innen in den Bezirken mit Maßnahmen um knapp 2,5 Prozentpunkte höher als in den Kontrollbezirken. An dieser Stelle spiegelt das Bremer Muster jenes aus Berlin wider: Die Maßnahmen scheinen zu einem Mehr an

Briefwahl(-anträgen) geführt zu haben. In der Summe beider Effekte sieht man für Bremen dann auch, dass die Wahlbeteiligung in den Bezirken mit Maßnahmen insgesamt um rund einen Prozentpunkt höher liegt als in jenen ohne.

Da es grundsätzlich keine Gründe gibt anzunehmen, dass Berlin und Bremen an dieser Stelle nach unterschiedlichen Logiken funktionieren, kann man auch eine integrierte Analyse über beide Städte hinweg durchführen; zusätzlich kann man auch für die – in ihrer Größenordnung allerdings eher bescheidenen – Unterschiede in der Größe einzelner Wahlbezirke kontrollieren. Das resultierende Bild zeigt das sich ergebende Muster nochmals recht deutlich: Der Anteil der Wähler:innen, die im Wahllokal ihre Stimme abgeben, unterscheidet sich praktisch nicht zwischen Bezirken mit Maßnahmen und Kontrollbezirken – wenn überhaupt, liegt sogar der Anteil in den Kontrollbezirken minimal höher. Unterschiede zeigen sich dagegen im Anteil der Anzahl der Wahlberechtigten mit Sperrvermerk, die hier als Berechnungsgrundlage für den Anteil der Briefwähler:innen verwendet wurde. Deren Anteil in den Bezirken mit Maßnahmen liegt um rund drei Prozentpunkt höher. Zusammenfassend ergibt sich daraus ein Bild, demzufolge die Wahlbeteiligung insgesamt in den Bezirken mit Maßnahmen rund 2,5 Prozentpunkt über jener liegt, die für die Kontrollbezirke resultiert. Der Briefwahleffekt ist demnach insgesamt der stärkste Effekt.

Dieser Befund – persönliche Kontakte haben einen mobilisierenden Effekt – deckt sich, wie oben geschildert, mit der Befundlage aus der Literatur. Die Literatur würde dabei auch erwarten lassen, dass eine bloße „schriftliche“ und unpersönliche Kontaktaufnahmen keine Effekte haben. Auch das deckt sich mit den Befunden für Berlin und Bremen. Betrachtet man nämlich die Wirksamkeit der Verteilung von Flyern oder Broschüren (letzteres nur in Berlin), dann finden sich weder für Berlin noch für Bremen positive Effekte auf die Wahlbeteiligung noch die Briefwahl.

8. Literatur

Arceneaux, Kevin, und David W. Nickerson (2009): Who is mobilized to vote? A Re-analysis of field experiments. *American Journal of Political Science* 53, S. 1-16.

Bedolla, Lisa G., und Melissa R. Michelson (2009): What do voters need to know? *American Politics Research* 37, S. 254-274.

Bergan, Daniel E., Alan S. Gerber, Donald P. Green und Costas Panagopoulos (2005): Grassroots mobilization and voter turnout in 2004. *Public Opinion Quarterly* 69, S. 760-777.

Berliner Landeszentrale für politische Bildung (2021): Aufsuchende politische Bildung. Eine Bestandserhebung in Deutschland 2021, online abrufbar unter: <https://www.berlin.de/politische-bildung/publikationen/suche/index.php/detail/714>

Bremer, Helmut (2012): „Bildungsferne“ und politische Bildung. Zur Reproduktion sozialer Ungleichheit durch das politische Feld, in: Benedikt Widmaier und Frank Nonnenmacher (Hrsg.): *Unter erschwerten Bedingungen. Politische Bildung mit bildungsfernen Zielgruppen*, Schwalbach/Taunus, S. 27-41.

Eldersveld, Samuel J. (1956): Experimental propaganda techniques and voting behaviour. *American Political Science Review* 50, S. 154-165.

Enos, Ryan D., Anthony Fowler und Lynn Vavreck (2014): Increasing Inequality: The Effect of GOTV Mobilization on the Composition of the Electorate. *Journal of Politics* 76, S. 273-288.

Faas, Thorsten, und Sascha Huber (2010): Experimente in der Politikwissenschaft: Vom Mauerblümchen zum Mainstream. *Politische Vierteljahresschrift* 51, S. 721-749.

Faas, Thorsten, und Daniela Hohmann (2015): Mobilisierung bei Nebenwahlen: Ein Feldexperiment zu Mobilisierungspotenzialen von Wahlkämpfen anlässlich der Kommunalwahl 2014 in Rheinland-Pfalz. *Mainzer Beiträge zur empirischen Politikforschung*, Nr. 1/2015, Mainz, abrufbar unter https://methoden.politik.uni-mainz.de/files/2015/04/MBeeP_Ausgabe_1.pdf.

Gerber, Alan S., und Donald P. Green (2000): The effects of canvassing, telephone calls, and direct mail on voter turnout. A field experiment. *American Political Science Review* 94, S. 653-663.

Gosnell, Harold F. (1927): *Getting out the vote. An experiment in the stimulation of voting*. Chicago: University of Chicago Press.

Green, Donald P. (2004): Mobilizing African-American voters using direct mail and commercial phone banks. A field experiment. *Political Research Quarterly* 57, S. 245-255.

Green, Donald P., und Alan S. Gerber (2004): Introduction. *American Behavioral Scientist* 47, S. 485-487.

Green, Donald P., und Alan S. Gerber (2008): *Get out the vote. How to increase voter turnout*. Washington: Brookings Institution Press.

Massing, Peter (2021): Politische Bildung, in: *Handwörterbuch des politischen Systems*; online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202092/politische-bildung/> (Zuletzt aufgerufen: 25.03.2022).

Michelson, Melissa R. (2003): Getting out the Latino Vote. How door-to-door canvassing influences voter turnout in rural central California. *Political Behavior* 25, S.247-263.

Michelson, Melissa R. (2005): Meeting the challenge of Latino voter mobilization. *Annals of the American academy of political and social science* 601, S. 85-101.

Panagopoulos, Costas (2013): Positive Social Pressure and Prosocial Motivation: Evidence from a Large-Scale Field Experiment on Voter Mobilization: Positive Social Pressure and Prosocial Motivation. *Political Psychology* 34, S. 265-275.

Ramírez, Ricardo (2005): Giving voice to Latino voters. A field experiment on the effectiveness of a national nonpartisan mobilization effort. *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 601, S. 66-84.

Schäfer, Armin (2015): *Der Verlust politischer Gleichheit: Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*, Frankfurt/New York: Campus.

Trivedi, Neema (2005): The effect of identity-based GOTV direct mail appeals on the turnout of Indian Americans. *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 601, S. 115-122.

Verba, Sidney, Kay Lehman Schlozman und Henry E. Brady (1995): *Voice and equality: civic voluntarism in American politics*, Cambridge, Mass: Harvard University Press.

Wong, Janelle S. (2005): Mobilizing Asian American voters. A field experiment. *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 601, S. 102-122.

Anhänge

Anhang 1: Flyer "Berlin wählt"

The front side of the flyer features a dark blue header with the date "26. SEPTEMBER 2021" in white. Below this, the word "BERLIN" is written in large white letters, and "WÄHLT" is written in even larger, bold, dark blue letters. Underneath, the phrase "WÄHLEN SIE MIT!" is written in white. The central graphic consists of a large, light grey number "3" with a smaller "0" inside it, forming a stylized "30". This number is filled with a dense crowd of small, colorful human figures. At the bottom, there is a white box containing the text "Berliner Landeszentrale für politische Bildung" and the word "BERLIN" in red, followed by the black silhouette of a bear.

Anhang 1: Flyer Vorderseite

The back side of the flyer has a teal header with the text "SUPERWAHLTAG BERLIN" and "26. SEPTEMBER 2021" in white. The main text is in black and includes the following sections:

- Auch Ihre Stimme zählt!**
Gehen Sie daher wählen und gestalten Sie das Leben und die Politik in Ihrem Wohnbezirk, im Bundesland Berlin und in ganz Deutschland mit.
- Gewählt werden**
 - der Deutsche Bundestag,
 - das Berliner Abgeordnetenhaus und
 - die 12 Berliner Bezirksverordnetenversammlungen
- Und geben Sie Ihre Stimme beim **Volksentscheid** zur Vergesellschaftung der Wohnungsbestände von großen Wohnungsunternehmen ab.
- Die **Wahllokale** haben von 8 bis 18 Uhr geöffnet.
-
- Wofür stehen die Parteien?** Nutzen Sie den Wahl-O-Mat und finden Sie es heraus: wahl-o-mat.de
-
- Sie sind am 26. September 2021 nicht in Berlin?
Kein Problem: Beantragen Sie rechtzeitig Briefwahl.
Wie das geht, steht auf Ihrer Wahlbenachrichtigung.
Alles zum Ablauf der Wahlen finden Sie auf der Website der Landeswahlleiterin für Berlin: berlin.de/wahlen
-
- Sie wünschen sich noch mehr Informationen?
Dann besuchen Sie unsere Wahl-Website: berlin.de/politische-bildung/wahlen-2021
Dort finden Sie unseren Podcast „BERLIN WÄHLT“, mehrere Publikationen, Infos zur Kampagne #UNSEREWÄHLEN und einiges mehr.

At the bottom, there is a small illustration of a crowd of colorful human figures and a white box with contact information: "Berliner Landeszentrale für politische Bildung", "Hardenbergstraße 22-24 | 10623 Berlin | landeszentrale@eebf-berlin.de", "Telefon 030 902274946 | berlin.de/politische-bildung".

Flyer Rückseite

Anhang 2b: Erläuterungen zum Ausfüllen der Dokumentationsbögen

Dokumentationsschlüssel Haustürbesuche

1. Rahmendaten

Bitte tragen Sie auf jeden Dokumentationsbogen Ihre Namen ein.

Die Nummer des Stimmbezirks entnehmen Sie Ihrem Einsatzplan.

Straße und Hausnummer sind vollständig einzutragen. Wenn es Vorder- und Hinterhaus gibt (und diese die gleiche Hausnummer haben), sind zwei Dokumentationsbögen zu verwenden. Bitte dann eintragen: Musterstraße 65, Vorderhaus; Musterstraße 65 Hinterhaus

Jede Haustür bekommt eine ID zugewiesen. Die erste Haustür nach Betreten des Hausflures bekommt die Nummer 1 (ID 1). Gehen Sie dann von Tür zu Tür weiter und arbeiten Sie sich von unten nach oben durch bis zur letzten Tür.

2. Dokumentation Haustürgespräche

Geklingelt: Tragen Sie ja oder nein ein. Sie brauchen nicht klingeln, wenn es sich um Büros, Firmen, Kanzleien o. Ä. handelt. Bitte tragen Sie dann ein „nein“ ein.

Warum nicht?

1	Wohnung ist nicht bewohnt
2	Geschäftliche Wohneinheit/ Krankenhaus
3	Seniorenheim/ Soziale Einrichtung/ Studentenwohnhaus
4	anderer Grund (bitte kurz notieren)

Reaktion: Bitte tragen die Kennziffer für die Reaktion ein:

1	Tür geöffnet
2	Tür nicht geöffnet
3	Tür geöffnet, aber wieder sofort geschlossen/ bereits an der Sprechanlage abgewiesen
4	Andere Reaktion, bitte kurz notieren

Erfolgreiche Intervention?

Als erfolgreich gilt die Intervention, wenn Sie den Eingangstext (1. Frage/ Botschaft) gesagt haben. Bitte notieren sie spezifisch:

1	Nein
2	Ja, Eingangstext/Botschaft gesagt
3	Ja, Eingangstext/Botschaft gesagt und Gespräch geführt

Warum nicht?

1	Abbruch durch Person
2	Falsche Zielperson (spricht kein Deutsch, Person ist Kind, Person ist nicht wahlberechtigt)

3	Abbruch durch Interviewer:in (hat sich unwohl gefühlt)
4	Anderer Grund, bitte kurz notieren

Wahlabsicht

1	Ja
2	Nein
3	Unsicher
4	Bereits Briefwahl gemacht
5	Person möchte keine Angaben machen

Grund

Bitte notiert für beide Varianten der Nachfrage die Antworten in das dafür vorgesehene Feld. Bitte in Stichworten und max. 1-2 Sätze.

Bitte Codiert, welche Nachfrage Ihr gestellt habt.

A Gibt es noch etwas, mit dem wir Sie unterstützen dürfen? Wenn ja, was?

B Dürfen wir Sie fragen, weshalb Sie unsicher sind/ nicht wählen gehen?

Gesprächsdauer

Bitte schauen Sie vor und nach jedem Haustürgespräch auf die Uhr und tragen Sie die Gesprächsdauer in Minuten ein. Die Gesprächsdauer ist auf max. 10 Minuten begrenzt. Wenn eine Person länger sprechen möchte, sagen Sie bitte freundlich:

„Wir unterhalten uns sehr gern mit Ihnen. Wir wollen aber heute auch möglichst viele Menschen erreichen, deshalb müssen wir jetzt leider weiter.“

Gefördert im Rahmen des Modellprojektes „Gleiche politische Teilhabe - Erprobung von Ansätzen einer aufsuchenden politischen Bildung.“

